

Wahrnehmung, weil sie erstmals der Medienwelt Gesichter bieten. Nicht-nationale Gesichter, das ist die eigentliche Botschaft. Institutionell ist das ein winziger Schritt, kommunikativ ein Quantensprung. Die israelische Rechte hat die Bedeutung verstanden, wie ihre Empörungsszenierung nach der Rede des Parlamentspräsidenten Martin Schulz in der Knesset zeigte.

Eine europäische Erzählung, die Bindung schafft: Nur sie kann das öffentliche

Bollwerk stärken gegen den Angriff der Rechtspopulisten und Nationalisten, der rund um die Europawahl bevorsteht. Und, soviel politische Substanz sollte zur Kommunikationsoffensive der Demokraten dazugehören: Gegenüber dem wohlmeinend überregulierenden Brüsseler Apparat muss das Europäische Parlament noch viel mehr zum Sachwalter europäischer Vielfalt werden. Eine Kommunikationsfrage? Nicht nur. Aber auch.



Richard Meng

ist Sprecher des Senats von Berlin und Beiratsmitglied der NG/FH.

sprecher@senatskanzlei.berlin.de

Jürgen Mittag

»This time it's different«?

Neue Perspektiven für europäische Parteien

Obwohl die transnationale Zusammenarbeit von Parteien eine bis ins 19. Jahrhundert zurückreichende Tradition besitzt, europäische Parteiorganisationen seit den 70er Jahren rege Aktivitäten entfalten und sie sich mittlerweile als »politische Parteien auf europäischer Ebene« auch auf ein formales Anerkennungs- und Finanzierungsverfahren stützen, sind Abkürzungen wie EVP (Europäische Volkspartei) oder SPE (Sozialdemokratische Partei Europas) bis heute nur wenigen Bürgern bekannt. Kürzel wie ALDE (Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa) oder EFA (Europäische Freie Allianz) können vielfach sogar nur von EU-Experten aufgeschlüsselt werden. Dass sich hinter diesen Bezeichnungen politische Parteien auf europäischer Ebene verbergen, die mit ihren korrespondierenden Parlamentsfraktionen ein wesentliches Element der

politischen Willensbildung der EU darstellen, wird vor allem im Vorfeld von Europawahlen in den Medien erörtert, ist bislang aber nur begrenzt ins Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit vorgedrungen.

Zurückzuführen ist dies darauf, dass sich die politischen Parteien auf europäischer Ebene, sowohl funktional als auch strukturell von nationalen Parteien in den EU-Mitgliedsstaaten unterscheiden. Weder sind in den europäischen Parteien vorwiegend Individuen zusammengeschlossen noch besteht ihr vordringliches Ziel in der Übernahme politischer Macht. Die europäischen Parteien stellen vielmehr einen Verbund nationaler Parteien dar, der primär das Ziel einer Koordination dieser nationalen Parteien im Lichte ihrer gemeinsamen politischen Grundausrichtung verfolgt. Europäische Parteien stellen damit in erster Linie Dachorganisationen dar,

die ihren Mitgliedern – den nationalen Parteien – einen Kommunikations- und Interaktionsraum eröffnen, ohne dabei über hierarchisch übergeordnete Kompetenzen zu verfügen.

Demgegenüber bilden die Fraktionen zentrale Arbeitseinheiten des Europäischen Parlaments (EP). Sie vereinen nicht nur die gewählten Europaabgeordneten in Gruppierungen, die – mit erheblichen Ressourcen ausgestattet – ähnliche politische Ziele verfolgen, sondern sie bündeln auch die Positionen der unterschiedlichen im EP vertretenen nationalen Parteien. Dabei existiert im EP nicht der bekannte Gegensatz von Regierung und Opposition, sondern es dominiert bislang eine Große Koalition der beiden stärksten Fraktionen EVP und S&D – letzteres ist die Bezeichnung für die sozialdemokratische Fraktion in der jüngsten Wahlperiode aufgrund der Einbeziehung von Abgeordneten des italienischen Partito Democratico.

*Begrenzte
Wahrnehmung,
schwach ausge-
prägter Dualismus*

Die begrenzte Wahrnehmung der europäischen Parteien ist ebenso wie der nur schwach ausgeprägte Dualismus der beiden großen EP-Fraktionen in jüngster Zeit verstärkt in das Blickfeld von Politik und Wissenschaft gerückt. Im Sinne der Informationskampagne des Europäischen Parlaments, die 2014 unter dem Slogan »this time it's different« steht, werden neben einer höheren Wahlbeteiligung sowohl die Perspektive einer stärkeren öffentlichen Wahrnehmung der europäischen Parteien als auch die Möglichkeit einer künftigen stärkeren parteipolitischen Konfrontation im EP als Entwicklungsoptionen diskutiert. Zurückgeführt wird dieses Szenario im Wesentlichen auf die mit den Europawahlen 2014 einhergehenden Personalisierungstendenzen.

Das am 1. Dezember 2009 in Kraft getretene Vertragswerk von Lissabon sieht in Art. 17 (7) vor, dass der Europäische Rat bei seinem Vorschlag für die Wahl des

Kommissionspräsidenten »das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament« zu »berücksichtigen« hat. Mit diesem Passus erhält die erstmals im Januar 1995 unter Mitwirkung des EPs durchgeführte Investitur des Kommissionspräsidenten eine qualitativ neue Dimension. Bislang oblag es allein den Staats- und Regierungschefs des Europäischen Rates sich auf die Auswahl eines Präsidentschaftskandidaten zu verständigen. Das EP musste im Gefolge dann jeweils dem vorgeschlagenen Kommissionspräsidenten bzw. der gesamten Europäischen Kommission – in einem mittlerweile mehrfach modifizierten Verfahren – zustimmen, besaß aber kein eigenes Vorschlagsrecht. Eine direkte Rückkoppelung zwischen Europawahlergebnis und Kommissionsbestellung bestand damit nicht, was von vielen politischen Beobachtern als ein wichtiger Erklärungsansatz für die im Vergleich zu nationalen Wahlen äußerst verhaltene Wahlbeteiligung bei Europawahlen ausgemacht wurde. Zugleich wurde die bisherige Bestellung des Kommissionspräsidenten aber auch als Begründung für die geringe Wahrnehmung der europäischen Parteien angeführt, waren diese – anders als nationale Parteien – an der Auswahl des europäischen Spitzenpersonals nicht beteiligt. Infolgedessen ist man bislang auch nicht über die Kür von nationalen Spitzenkandidaten hinausgekommen. Versuche der europäischen Parteien, auch ohne rechtliche Grundlage EU-weite Spitzenkandidaten zu küren, scheiterten wiederholt. So etwa im Vorfeld der Europawahlen 1994 als die innerhalb von SPE und EVP diskutierten Kandidaturen von Felipe González und Ruud Lubbers als Nachfolger von Jacques Delors nicht im Sinne einer Spitzenkandidatur aufgebaut bzw. aufrechterhalten wurden. Im Gefolge der Europawahl 2004 kam der amtierende Kommissionspräsident José Manuel Barroso als Kandidat der christdemokratischen und konservativen Staats- und Regierungschefs in sein Amt; auch weil die EVP sich

mit ihrem Kandidaten Chris Patten nicht gegen Barroso durchsetzen konnte. Im Zuge dieser Wahl vermochten die europäischen Sozialdemokraten es, sich auf einen eigenen Kandidaten zu verständigen.

Mit der bei den Wahlen 2014 erstmals regulär praktizierten Anwendung von Art. 17 (7) kommt der Europawahl damit als indirekter Wahl des Kommissionspräsidenten neue Bedeutung zu. Obwohl die Bürger – je nach Wahlsystem – zwischen dem 22. und 25. Mai unverändert nationale Listen wählen, rückt die europäische Perspektive stärker ins Blickfeld. Von den europäischen Parteien wurden vor diesem Hintergrund bereits rege, aber zugleich auch sehr unterschiedliche Aktivitäten zur Kandidatennominierung entwickelt. Im Rahmen der SPE mussten Kandidaten bis Ende Oktober 2013 die schriftliche Unterstützung der eigenen nationalen Partei sowie von mindestens fünf weiteren Mitgliedsverbänden erhalten, zu denen neben den nationalen Parteien auch Organisationen wie die EP-Fraktion oder die SPE-Jugendorganisation zählten. Aufgrund der Popularität des gegenwärtigen Parlamentspräsidenten Martin Schulz wurde dieser – in Abkürzung des eigentlich vorgesehenen Nominierungsverfahrens – bereits im November 2013 vom Präsidium als »designierter« Kandidat vorgeschlagen und auf einem neu eingeführten SPE-Wahlpartei-tag Anfang März 2014 dann zum sozialdemokratischen Spitzenkandidaten gekürt. Auf ein anderes Nominierungsprinzip setzte die Europäische Grüne Partei. In diesem Fall mussten Unterstützungserklärungen von zumindest fünf nationalen Mitgliedsparteien vorliegen, die ebenfalls nur jeweils einen Kandidaten unterstützen können. Anders als die SPE – und in Anlehnung an das Urwahlprinzip der deutschen Grünen – führte die EGP zur Bestimmung ihrer beiden Spitzenkandidaten eine EU-weite Online-Abstimmung durch, an der sich alle Unionsbürger über 16 Jahre beteiligen konnten, die den grünen Po-

litikzielen nahe standen. Ermittelt wurden – bemerkenswerterweise zum Teil bevor sie auf nationaler Ebene überhaupt nominiert worden waren – aus der Riege der Kandidaten in diesem Rahmen Ska Keller aus Deutschland (nominiert von der grünen Jugend Europas) und José Bové aus Frankreich. Aufgrund der geringen Beteiligung von lediglich 22.676 Stimmen (bei allein knapp 200.000 Grünen Parteimitgliedern in der EU) zog das Nominierungsprozedere der EGP einige Kritik auf sich.

Ohne Mitwirkung der nationalen Parteimitglieder wurden bereits im November 2013 seitens der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa zwei Kandidaten – der EP-Fraktionsvorsitzende Guy Verhofstadt als Spitzenkandidat und der Vizepräsident der EU-Kommission Olli Rehn für ein weiteres Spitzenamt – vorgeschlagen. Bei der Europäischen Linken wurde, obwohl man das Verfahren zur Bestellung des Kommissionspräsidenten grundsätzlich ablehnte, der Vorsitzende des radikalen griechischen Linksbündnisses SYRIZA Alexis Tsipras zum Spitzenkandidaten nominiert. Bei der EVP schließlich war die Kandidatenfrage lange Zeit offen: Aus dem namhaften Kandidatenkarussell setzte sich am Ende im Rahmen des Dubliner EVP-Kongresses der langjährige Luxemburger Premier und Eurogruppen-Vorsitzende Jean-Claude Juncker durch.

Jenseits aller Debatten über einzelne Persönlichkeiten markiert die Europawahl 2014 bzw. die Nominierung von Spitzenkandidaten eine wichtige Zäsur in der Entwicklung der europäischen Parteien. Der politische Wettbewerb bei der Entscheidung über eines der wichtigsten politischen Ämter in der EU eröffnet den politischen Parteien auf europäischer Ebene grundlegend neue Kompetenzen im Bereich der Rekrutierung, da sie den Rahmen für die Auswahl, Entscheidung und Nominierung der Kandidaten stellen und damit weitaus stärker in Erscheinung tre-

ten als in der Vergangenheit. Zu erwarten ist, dass den europäischen Parteien infolgedessen auch im eigentlichen Wahlkampf, im April und Mai 2014, verstärkte öffentliche Aufmerksamkeit zukommen wird. Folgt man den Erhebungen des Eurobarometers vom Juni 2013, fühlen sich 55 % aller Befragten »eher als bisher veranlass[t], zur Wahl zu gehen«. Die erstmalige Durchführung einer EU-weiten Fernsehdebatte der Spitzenkandidaten im Rahmen der von 74 überwiegend öffentlich-rechtlichen Anstalten gebildeten Europäischen Rundfunkunion am 14. Mai 2014 – und ein evtl. nachfolgendes weiteres Fernsehduell der Spitzenkandidaten von EVP und SPE – unterstreicht diese Perspektive noch.

Die mit der kompetitiven Kür des Kommissionspräsidenten eingeleitete Wahl des Spitzenpersonals besitzt zugleich aber auch das Potenzial, einer weiteren Parlamentarisierung der Europäischen Union Voranschub zu leisten. Das Europäische Parlament wählt in einem zweistufigen Verfahren den Kommissionspräsidenten bzw. das Kollegium der Kommission mit einfacher Mehrheit. Dieser Umstand und die bereits absehbare Konstellation, dass nach der Europawahl keine der beiden großen Fraktionen eine absolute Mehrheit erreicht haben wird – sondern vielmehr beide Fraktionen mit Blick auf ihre Mandate näher zusammenrücken werden als die Differenz von 194 (S&D) zu 275 (EVP) Mandaten nach der letzten EP-Wahl dokumentiert – erlaubt die Schlussfolgerung, dass möglicherweise auf parlamentarischer Ebene informelle oder sogar formale Koalitionsverhandlungen über die Besetzung des Postens des Kommissionspräsidenten stattfinden werden, die es bislang in dieser Form nicht gegeben hat. Personalpolitische Absprachen kamen in der Vergangen-

heit allein im Hinblick auf das Amt des EP-Präsidenten zum Tragen. In diesem Kontext hatte vor allem die »konservativ-liberale« Absprache nach der EP-Wahl 1999 mit Nicole Fontaine (EVP) und Pat Cox (ELDR/ALDE) ein Tandem jenseits der bisherigen Praxis großer Koalitionen zu vereinbaren, für Furore gesorgt, während ansonsten auch in dieser Frage die beiden größten Parteien dominierten.

Die bereits ausgesprochenen Einladungen seitens der Konferenz der Präsidenten des (alten) EPs und durch den Präsidenten des Europäischen Rates Hermann von Rompuy für Treffen jeweils am 27. Mai 2014 in Brüssel dokumentieren welche Verhandlungsspielräume mit der Bestellung des Kommissionspräsidenten einhergehen, deuten aber auch auf weitergehende Perspektiven hin, da noch mehr Stellen in der EU neu zu besetzen sind und zudem das Amt des NATO-Generalsekretärs zur Disposition steht. Ob mit der Besetzung des Postens des Kommissionspräsidenten durch einen sozialdemokratischen oder einen christdemokratischen Spitzenkandidaten auch eine stärkere parteipolitische Orientierung der Europäischen Kommission einhergehen wird, ob eventuell sogar ein gezieltes Wahlprogramm von einer potenziellen Mehrheit im EP »abgearbeitet« wird, bleibt abzuwarten. Die Europäische Union stellt auch nach der nächsten Europawahl kein parlamentarisches System dar. Die anhaltende Parlamentarisierung der EU, die sich nicht nur in der Kompetenzerweiterung des Europäischen Parlaments, sondern auch in der Ausgestaltung der parlamentarischen »Infrastruktur« durch Abgeordneten- und Parteienstatut – bei einem weiterhin zu verhandelndem Wahlstatut – widerspiegelt, wird indes eine weitere graduelle Vertiefung erfahren.



Jürgen Mittag

ist Leiter des Instituts für Europäische Sportentwicklung und Freizeitforschung der Deutschen Sporthochschule Köln und Jean Monnet Professor für Europäische Politik. Zahlreiche Publikationen zur europäischen Politik.

juergen.mittag@rub.de